Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten bis 10 Uhr an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in einer Frühausgabe Abends und Morgens angeboten.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche dürfen unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 5 Uhr, Sonn- und Montags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 3spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 3spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2006.

Permanente Ausstellung von **Braut-Ausstattungen u. Zimmer-Einrichtungen** in allen Stilarten und Preislagen. — Zum Besuche ladet ein **G. Ritter, Möbelfabrik,** Marschallstrasse 3. Elbberg 1. Katalog gratis und franko.

Blutreinigungsthee zur Auffrischung des Blutes und Reinigung der Säfte, bewirkt reichlichen und schmerzlosen Stuhlgang, zu jeder Jahreszeit anzuwenden. Packet 1 Mark. Prompter Versandt nach auswärts. **Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.**

Aug. Kühnscherf & Söhne Dresden-A., Grosse Plauensche Strasse 20. **Werkstätten für Eisenkonstruktionen u. Maschinenbau. Bau- u. Kunstschlosserei, Kunstschmiede. — Gegr. 1840.** Specialität: **Aufzüge** für Personen, Waaren, Speisen etc. mit elektrischem, hydraulischem, Transmissions- und Handbetrieb.

Vollständige Reise-Ausrüstungen liefert **Robert Kunze,** Altmarkt, Rathhaus.

Nr. 280. Spiegel: Oesterreichisch-ungarischer Ausgleich. Hofnachrichten, Prinzessin von Coburg, Geheimrath Häpe †, Miethbewohnerverein, Audienz der Burengenerale. Andriesen-Ausstellung. | Muthmaßl. Witterung: Ziemlich heiter, neue Trübung. | **Freitag, 10. Oktober 1902.**

Zur Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleichs.

Die parlamentarische Campagne in der habsburgischen Monarchie hat mit einer stürmischen Debatte im ungarischen Abgeordnetenhause begonnen. Die Kossuthpartei hat hier zu dem Hauptthema der bevorstehenden parlamentarischen Verhandlungen in Wien und in Budapest, zu der österreichisch-ungarischen Ausgleichsfrage, eine Ouverture gespielt, deren Leitmotiv dasselbe ist wie in den Präludien, die diesseits der Leitha die Jungczechen dem neuen Stück vorausgeschickt haben, das auf der politischen Reichsbühne in Scene gehen soll. Hüben wie drüben erklingen unter mächtigen Posaunenstößen Obstruktionsdrohungen: die Kossuthianer wollen das Zustandekommen des Ausgleichswerkes gewaltsam verhindern, um die letzten Absichten des Mannes, dessen Andenken die Magyaren soeben gefeiert haben, die vollständige Trennung Ungarns von Oesterreich, zu verwirklichen, während die lärmende Obstruktionsmusik der Jungczechen wohl nur einen Erpressungsversuch darstellt, der darauf abzielt, von dem Ministerium Körber weitere nationale Zugeständnisse zu erwirken.

Die Erledigung des österreichisch-ungarischen Ausgleichs soll die wichtigste Aufgabe bilden, die der ungarischen Volksvertretung und dem Wiener Reichsrath, der in acht Tagen zusammentritt, gestellt wird. Vorläufig aber fehlt noch der Schlußstein zu dem Ausgleichswerke. Die Ausgleichsverhandlungen, die zwischen den beiderseitigen Regierungen seit geraumer Zeit geführt werden, sind zum Abschlusse noch immer nicht gekommen. In ihrem letzten Stadium sie plötzlich in's Stocken geriethen. Neue Dissonanzen sind aufgetaucht, ohne daß von irgend einer Seite authentische Mittheilungen vorliegen, worin sie bestehen. Aber abgebrochen gelten die Verhandlungen indeß noch keineswegs. Das geht schon daraus hervor, daß man in Wien und in Budapest das Geheimniß der noch schwebenden Differenzen sorgsam bewahrt, wozu kein Anlaß vorliegen würde, wenn das Scheitern des Ausgleichs unabweislich geworden wäre. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die Flucht in die Oeffentlichkeit Minister erst dann zu ergreifen pflegen, wenn sie nichts mehr zu verderben oder zu verlieren haben. In Wien wird versichert, daß alle Möglichkeiten der Vermittelung durchaus noch nicht erschöpft sind; auch in Budapest, wo eine etwas pessimistischere Auffassung vorherrscht, hält man noch daran fest, daß die eingetretenen Schwierigkeiten nicht unüberwindliche sind, sondern sich im letzten Augenblicke beseitigen lassen. Die Hoffnung, daß die Ausgleichskonferenzen schließlich zu einem positiven Ergebnisse führen, bleibt somit bestehen, zumal allem Anscheine nach die weitaus schwierigste Phase der Ausgleichsverhandlungen, die Einigung über den neuen autonomen Zolltarif für Oesterreich-Ungarn, bereits überwunden ist. Von keiner Seite wird bezweifelt, daß der Zolltarifentwurf so weit fertig gestellt ist, daß er nur noch der parlamentarischen Genehmigung bedarf.

Den Ausgleich der entgegenstehenden wirthschaftlichen Interessen in der Zolltariffrage herbeizuführen, hat jedenfalls lange und harte Kämpfe gekostet. Die Herstellung eines einheitlichen Wirthschaftsgebietes für beide Reichshälften auf der Grundlage des gemeinsamen autonomen Zolltarifs gestaltete sich deshalb so schwierig, weil es galt, gleichzeitig den agrarischen Interessen, die in Ungarn, und den industriellen Interessen, die in Oesterreich überwiegen, durch Gewährung eines angemessenen Zollschutzes dem Auslande gegenüber gerecht zu werden. Der Tarif mußte so eingerichtet werden, daß sich die beiden Reichshälften wirthschaftlich ergänzen, daß Ungarn für seine Boden-Erzeugnisse und für seine Viehproduktion einen gesicherten Markt in Oesterreich, und Oesterreich andererseits für seine Industrieprodukte einen ebenso gesicherten Markt in Ungarn behält. Zu diesem Zwecke mußten die Zölle so bemessen werden, daß die inländische Produktion, diesseits der Leitha die industrielle, jenseits die landwirthschaftliche, befähigt bleibt, mit der ausländischen Produktion, soweit für diese die Herstellungsbedingungen günstigere sind, zu konkurriren. Da sich in den überseeischen Ländern, in Rußland und in den Balkanstaaten die Produktionsbedingungen ungleich niedriger stellen, als in Ungarn, so müßten die landwirthschaftlichen Zölle so hoch normirt werden, daß die ungarische Volkswirthschaft nicht Schaden erleidet, während Oesterreichs mehr industrielles Interesse gebot, die Einfuhrzölle für Industrie-Erzeugnisse so zu bemessen, daß die österreichische Industrie befähigt bleibt, mit der unter günstigeren Verhältnissen arbeitenden ausländischen Industrie erfolgreich zu konkurriren. Die österreichische Regierung forderte Industriezölle, die ungarische Agrarzölle von solcher Höhe, daß der Unterschied der Erzeugungskosten zwischen Inland und Ausland ausgeglichen und so die inländische Gütererzeugung im wirthschaftlichen Wettkampfe auf eine gleiche Linie mit der ausländischen Produktion gestellt wird. Die Solidarität der magyarischen Landwirthschaft und der cisleithanischen Industrie mußte sich aus der Erwägung ergeben, daß jene ein hervorragendes Interesse daran hat, die österreichische Industrie, die Hauptabnehmerin der ungarischen Agrarprodukte, kaufkräftig zu erhalten, und daß auf der anderen Seite der österreichischen Industrie daran liegen muß, nicht die Kaufkraft Ungarns, des wichtigsten Abnehmers ihrer Erzeugnisse, dadurch zu schwächen, daß die dortige Landwirthschaft einer übermächtigen ausländischen Konkurrenz preisgegeben wird.

Nachdem mit der Einigung über den neuen autonomen Zolltarif einer der schwersten Steine des Anstoßes beseitigt ist, sollte man erwarten können, daß es der ernste Wille der beiderseitigen Regierungen ist auch über die letzten Differenzen, die noch dem Abschluß des Ausgleichswerkes im Wege stehen, hinweg zu kommen. Allzu lange kann die definitive Lösung der Ausgleichsfrage nicht mehr verzögert werden. Schwerwiegende wirthschaftliche und politische Gründe erheischen die baldige Entscheidung. In der österreichischen Presse beherrschen die Sorgen wegen der fortwährenden Hinausschiebung des Ausgleichs die Gemüther. Die Hoffnungen der ganzen Industrie und des Handels sind auf den Ausgleich gestützt. Ueberall kommen die Klagen zum Ausdruck über die hemmenden, lähmenden Wirkungen der Ungewißheit, ob die Ausgleichsverhandlungen endlich zum Ziele gelangen werden. Der Absatz, die Produktion und alle Verhältnisse vieler Geschäftszweige leiden unter dem Drucke der Unsicherheit. Es ist ein Zustand, dessen Fortdauer die wirthschaftliche Depression noch verschärfen muß. Mit der Feststellung des Ausgleichs steht die Gestaltung der gesammten handelspolitischen Zukunft Oesterreich-Ungarns im Zusammenhange. Auch jenseits der Leitha empfindet man die bedenklichen Folgen des langen ungewissen Hangens und Bangens und verlangt, daß endlich dem unsicheren Zustande, der das ganze Erwerbsleben unterbindet, ein Ende bereitet wird, selbst auf die Gefahr hin, daß die vollständige Trennung des Wirthschaftsgebietes der beiden Reichshälften das Resultat ist.

Ein starker Antrieb zur Einigung liegt indeß darin, daß nur auf Grundlage des neuen autonomen Zolltarifs Handelsverträge geschlossen werden können. Scheitert der Ausgleich und damit zugleich der neue Zolltarif, so hat das auf Grund des bestehenden Ausgleichsgesetzes zur Folge, daß Handelsverträge nicht auf länger als bis zu Ende des Jahres 1907 abgeschlossen werden können, was fast gleichbedeutend ist mit der Unmöglichkeit, überhaupt Handelsverträge einzugehen, deren Werth doch hauptsächlich mit in ihrer Langfristigkeit besteht. Auch darf nicht übersehen werden, daß die Ausgleichsvorlagen von den Parlamenten in Wien und Budapest bis zum 1. Januar 1903 erledigt sein müssen, und daß hierzu die Frist von wenigen Wochen ohnehin schon knapp bemessen ist und eine weitere Verkürzung kaum noch verträgt.

Neueste Drahtmeldungen vom 9. Oktober.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Vorgeschichte der Audienzfrage der Burengenerale berichtet ein hiesiges Blatt: Dem Kaiser ist von dem beabsichtigten Besuche der Burengenerale Meldung in Berlin erstattet worden, wie dies von jedem Ereigniß von politischer Bedeutung pflichtmäßig zu geschehen hat. An diese Mittheilung dürften sich weitere Erörterungen geknüpft haben und hierbei auch gefragt worden sein, wie die Regierung sich zu verhalten hätte, falls etwa die Generale um eine Audienz bitten sollten. Darauf ist die bekannte Entscheidung gefallen, der Kaiser werde sie empfangen, wenn sie sich durch den englischen Botschafter vorstellen ließen. So war die Angelegenheit der englischen Regierung anheimgegeben, denn selbstredend kann der hiesige englische Botschafter nur solche Personen unserem Souverän vorstellen, die seiner, der englischen Regierung, genehm sind." — Der Bundesrath überwies in seiner heutigen Sitzung den Antrag des Königreichs Sachsen betreffend Ergänzung der Prüfungsvorschriften für die Trichinenschauer den zuständigen Ausschüssen. Ferner wurde über den zollfreien Einlaß der von der diesjährigen ersten internationalen Ausstellung für moderne dekorative Kunst in Turin zurückgelangenden Güter Beschluß gefaßt. Zugestimmt wurde einer Abänderung der Vorschriften über die Zulassung ehemaliger Angehöriger des Maschinistenpersonals der Kaiserlichen Marine als Maschinisten in der Handelsflotte, Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Roßhaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien, sowie der Bürsten- und Pinselfabriken; ferner einer Verordnung wegen anderweiter Anrechnung des Wohnungsgeldzuschusses bei Bemessung der Pensionen für die Reichsbankbeamten und der Vorlage betreffend Ueberschreitung des Besoldungs- und Pensions-Etats der Reichsbankbeamten. — Die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Industriellen wurde heute Vormittag im Kaiserhof mit einem Hoch auf den Kaiser, als den Schützer der Industrie, eröffnet. Aus dem Geschäftsberichte ist zu entnehmen, daß dem Bunde u. A. der neu gegründete sächsische Industriebund beigetreten ist. Generalsekretär Dr. Wendtland hielt einen Vortrag über das Kartellwesen, besonders in Amerika und England, das sich in ungeahnter Weise zum Schaden der deutschen Industrie entwickele, und begründete nachstehende Resolution: „Die Versammlung erblickt in den Industriekartellen eine natürliche Entwickelungsstufe des Wirthschaftslebens; sie erscheinen berufen, die Güter-Erzeugung dem Bedarfe anzupassen und einem planlosen Unterbieten, dessen Begleiterscheinung eine Verschlechterung der Erzeugnisse zu sein pflegt, vorzubeugen. Ihr wirthschaftlicher Vortheil kann daher nicht bestritten werden, sofern sie nicht als ein Mittel zur Ausbeutung unabhängiger Konsumenten, sondern zur Regelung der Produktion zwecks Erzielung einer angemessenen Preislage, vermuthlich aber auch zu einer Verminderung der Entstehungskosten und zur Verbesserung des Fabrikats angewendet werden. Diejenige Industrie im Besonderen, welche sich großen Rohstoffkartellen gegenüber in der Abwehr befindet, muß in deren gegenwärtiger Uebermacht und den sich daraus ergebenden Auswüchsen allerdings einen Mißstand erblicken, der Maßregeln zur Herbeiführung eines wirthschaftlichen Gleichgewichts nothwendig erscheinen läßt." Als solche Maßregeln empfahl der Referent vor Allem Selbsthilfe durch Gegenzusammenschluß und staatliche Verwaltungsmaßregeln durch Staatsaufsicht und Intervention des Staates; in gegebenen Fällen, wie dies in Oesterreich geplant, für den Zusammenschluß aller durch Kartelle, insbesondere der Rohstoff- und Halbstoffabrikate bedrohten Industriellen, empfiehlt der Referent den Beitritt zum Bunde der Industriellen. Die Resolution fand nach kurzer Debatte einstimmige Annahme. Dr. Stresemann-Dresden hielt hierauf Vortrag über die Wirkung der Waarenhaussteuer auf die Industrie. Es wurde nachstehende Resolution angenommen: „Der Bund spricht sich gegen die Waarenhaussteuer aus, weil sie erfahrungsgemäß fast durchweg auf die Fabrikanten gewälzt wird und befürchtet werden muß, daß ähnliche Ausnahmebestrebungen eine präjudizielle Einwirkung der Staatsgewalt in dem Interessenstreit anderer wirthschaftlicher Gruppen gewinnen können."

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Kreuz-Ztg." schreibt zu dem Nichtempfange der Burengenerale durch den Kaiser: „Man mag darüber streiten, ob die Mittheilung, die an die drei Burengenerale wegen der Vorbedingung des Empfanges ergangen war, einen vorher in nichtamtlicher Form geäußerten Wunsch derselben zum Anlaß hatte, der ausschließlich auf der Initiative des Monarchen beruht, unter allen Umständen wird man zugeben müssen, daß in der Stellung jener Bedingungen nichts Ungewöhnliches, sondern lediglich die Wahrung der Pflichten internationaler Höflichkeit gegenüber einer befreundeten Nation zu erblicken ist. Am allerwenigsten wird man behaupten können, daß in den Bedingungen die Wirkungen der Kundgebungen hervortreten, die ein Theil der englischen Presse an die Möglichkeit des Empfanges knüpfte; denn die Mittheilung wegen des Empfanges war bereits am 18. September an die Generale gelangt, also bevor die betreffenden Blätter sich erdreisteten, dem Kaiser Vorschriften über sein Verhalten zu jenen tapferen Heerführern zu machen." Das Blatt stellt ferner fest, daß über die Gründe, welche die Generale zu ihrer Sinnesänderung veranlaßt haben, keine Klarheit herrsche; möglich sei, daß sie auf die Vermittelung des englischen Botschafters nicht rechnen konnten; andererseits sei es aber auch möglich, daß Einflüsse der Unversöhnlichen die Sinnesänderung veranlaßt haben. In diesem Falle würde man ihrer Anwesenheit in Berlin mit wesentlich anderen Gefühlen, als den bisherigen, entgegensehen müssen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In einer Besprechung der Rede des Abgeordneten Rettich über den Zolltarif äußert die „Kreuz-Zeitung": Bei aller Würdigung, die sie den Ansichten eines so alten und bewährten Mitgliedes der konservativen Partei, wie Dr. von Frege, schulde, hätten seine Ausführungen sie doch nicht überzeugen können und das um so weniger, als Dr. v. Frege zu lange aus dem Brennpunkte der politischen Aktion sich zurückgezogen habe. Dagegen stellt sich die „Kreuzztg." auf den Standpunkt Rettich's und betont zum Schluß: Man möge sich allerseits von der durchaus irrthümlichen Ansicht freimachen, als ob uns die Annahme der Zolltarifvorlage in erster Linie am Herzen liege. Andere sind vielmehr daran interessirt. Wir stehen der Sache recht kühl gegenüber, und das ist bei solchen Fragen besser als Erregung. Mit dem Abgeordneten Rettich warten wir auf ein „Entgegenkommen" der verbündeten Regierungen und mit ihm werden wir dann sehen, ob und wie weit wir „nachgeben" können.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Deutsche Kolonialkongreß 1902 tritt morgen im Reichstagsgebäude zusammen unter Vorsitz des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg. Veranstalter sind 63 Vereine, davon 25 Missionsgesellschaften und 15 Gesellschaften für Erdkunde. Heute Abend findet ein Begrüßungs-Abend im Reichstagsgebäude, veranstaltet von der Deutschen Kolonialgesellschaft, statt. — Zwischen Berlin und London schweben Verhandlungen betreffs Räumung Schanghais, doch ist, wie anderweiten Meldungen gegenüber von unterrichteter Seite betont wird, ein bestimmter Zeitpunkt dafür noch nicht festgesetzt worden. — In dem Prozeß gegen die „Staatsbürger-Zeitung" wegen Beleidigung anläßlich des Konitzer Mordprozesses wird das Urtheil erst am Sonnabend gefällt werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Direktor der hiesigen Königlichen Sternwarte, Geh. Rath Prof. Dr. Wilhelm Förster, beabsichtigt, zum 1. Oktober 1903 von der Leitung der Sternwarte, die er seit 37 Jahren innehatte, zurückzutreten. — In einer Versammlung des Verbandes der Berliner Rollkutscher wurde u. A. beschlossen, die Forderung einer Lohnerhöhung und den Generalausstand bis August nächsten Jahres zu vertagen. — Der Ausstand der Kutscher auf dem Anhalter Transportcomptoir ist seit gestern durch den Wiedereintritt des größeren Theils der Ausständigen beendet.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Klinger's neuestes Werk, die monumentale Büste von Friedrich Nietzsche, ist im hiesigen Künstlerhause zur Ausstellung gelangt.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Kongreß zur internationalen Bekämpfung des Mädchenhandels. Bérenger-Paris beantragt einstweilige Ueberweisung aller Anträge an die Nationalkomitees. Frau Vincent-Paris wirft dem deutschen Nationalkomitee vor, daß es mit seinen Anträgen die fremdländischen Abgeordneten förmlich überrumpele und beantragt, die Angelegenheit bis zum nächsten internationalen Kongreß zurückzustellen. Die Anträge Burckhardt werden dann mit einem Zusatze Vincent-Burckhardt angenommen, wonach die Anträge den Nationalkomitees zur raschesten schriftlichen Erledigung überwiesen werden.

Frankfurt a. M. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Konstantinopel: Die neuesten Nachrichten aus dem Palast besagen, der Sultan habe das Irade, das endgiltig die Bedingungen der Ottomanbank für das Konversionsprojekt der Zollanleihe genehmige, erlassen. Bisher erhielt jedoch die Bank keine offizielle Nachricht hierüber.

Wien. Wie das „Armeeverordnungsblatt" bekannt giebt, ernannte der Kaiser von Oesterreich den König Georg von Sachsen zum Oberstinhaber des 2. Dragoner-Regiments, den Prinzen Johann Georg von Sachsen zum Oberstinhaber des 11. Infanterie-Regiments und den Prinzen Ruprecht von Bayern zum Oberstinhaber des 43. Infanterie-Regiments.

Wien. Das Armeeverordnungsblatt meldet die Enthebung des Oberstleutnants Grafen Stuergkh von seinem Posten als Militärattaché bei der österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin

Frische und sterilisirte **Kindermilch** (Trocken-Fütterung). Milchkur-Anstalt „Sanitas" Hellerstrasse 32 Kgl. Hofl. Max Winkler, Zwickauerstr. 26 Ecke Kreuzstrasse von Sachsen.